

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Harald Ebner, Bärbel Höhn, Nicole Maisch, Steffi Lemke, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Risiken glyphosathaltiger Herbizide für die Gesundheit von Anwendern, Anwohnern und Nutztieren**

Am 6. Januar 2014 hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) seinen Bericht zur Neubewertung von Glyphosat an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) übermittelt. Deutschland ist innerhalb der Europäischen Union (EU) Berichterstatter für Glyphosat, d. h., der deutsche Bericht dient als Grundlage für die Bewertung durch die EFSA und die Bewertungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten.

Glyphosat wird nicht nur in Kombination mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Nord- und Südamerika in großen Mengen eingesetzt, auch in Deutschland hat sich der Glyphosat-Absatz seit den 90er-Jahren auf zuletzt fast 6 000 t (2012) versechsfacht, allein zwischen den Jahren 2010 und 2012 ist der Absatz um 20 Prozent gestiegen (BVL-Jahresbericht 2013). Glyphosat-Herbizide werden insbesondere im Rahmen der „pfluglosen Bodenbearbeitung“ (Mulch- oder Direktsaat) sowie zur Schnellabreifung (Sikkation) kurz vor der Ernte eingesetzt, allerdings gibt es auch für den Haus- und Kleingartenbereich zahlreiche glyphosathaltige Mittel.

Sowohl die unter intensivem Glyphosat-Einsatz im Ausland erzeugten Soja-Produkte als auch ein wesentlicher Teil der in Deutschland unter Anwendung von Glyphosat-Herbiziden produzierten Mais- und Getreidemengen werden nicht als Lebens-, sondern als Futtermittel verwendet. Die möglichen direkten und indirekten Auswirkungen von glyphosatbelasteten Futtermitteln auf Nutztiere werden im Rahmen des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe jedoch nicht gezielt untersucht. Der zunehmende Einsatz von Glyphosat-Herbiziden wirft Fragen nach möglichen Auswirkungen dieser Herbizide nicht nur auf die Gesundheit des Menschen, sondern auch auf die Tiergesundheit auf.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bestandteile sind in den in Deutschland zugelassenen gebrauchsfertigen Glyphosat-Herbiziden außer dem Wirkstoff noch enthalten (z. B. Netzmittel), und welche dieser Bestandteile werden vor der Anwendung hinsichtlich ihrer Risiken für Mensch, Tier und Umwelt durch welche Institutionen und durch welche Verfahren geprüft?
2. Inwieweit wurden im Rahmen der Neubewertung von Glyphosat gesundheitliche Risiken für Anwender im Haus- und Kleingartenbereich gezielt untersucht?

3. Inwieweit wurden dabei unterschiedliche Ausbringungsverfahren und deren mögliche gesundheitliche Folgen für die Anwender glyphosathaltiger Herbizide untersucht (z. B. Ausbringung per Handspritze), auch unter Berücksichtigung der oft fehlenden Sachkunde dieser Anwendergruppe?
4. Inwieweit ist nach Ansicht der Bundesregierung bei der Ausbringung glyphosathaltiger Herbizide in Haus- und Kleingärten der Schutz von „Bystandern“ (z. B. Familienangehörigen, Nachbarn) sichergestellt?
5. Inwieweit hält es die Bundesregierung im Sinne der mit dem „Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ verfolgten Reduzierung von Risiken durch Pestizide für angemessen, dass glyphosathaltige Herbizide in Haus- und Kleingärten eingesetzt werden, und beabsichtigt die Bundesregierung, den Beschluss des Bundesrates zum Verbot der Anwendung von Glyphosat in Haus- und Kleingärten umzusetzen?
6. Inwieweit wurden im Rahmen der Neubewertung von Glyphosat, über die Studie der Tiermedizinischen Hochschule Hannover mit einem künstlichen Pansen-Modell hinaus, auch Auswirkungen auf Nutztierarten geprüft, die üblicherweise mit eventuell glyphosatbelasteten Futtermitteln gefüttert werden (v. a. Rinder, Schweine, Geflügel)?
7. Inwieweit wurden insbesondere Auswirkungen von Glyphosat-Herbiziden auf die Tiergesundheit von Rindern geprüft (bitte nach Titel der Untersuchung, Autoren, Jahr, Einrichtung, Auftraggeber/Finanzier der Studie aufschlüsseln)?
8. Inwieweit wurde in den in Frage 7 angesprochenen Studien berücksichtigt, dass insbesondere Sojabohnen von gentechnisch veränderten, glyphosat-toleranten Sojapflanzen offenbar wesentlich stärker mit Rückständen von Glyphosat und dem Hauptmetaboliten AMPA belastet sind, als konventionell oder ökologisch erzeugte Soja (Bøhn et al., 2013)?
9. Ist es aus Sicht der Bundesregierung zielführend, toxikologische Bewertungen von Pestiziden hinsichtlich der Auswirkungen auf die Tiergesundheit der Hauptnutztierarten Rind, Schwein und Huhn auf Studien an Nichtnutztieren, wie Mäusen, Ratten oder Kaninchen, zu stützen?
10. Inwieweit hält die Bundesregierung an der Einschätzung fest, dass „In-vitro-Testsysteme trotz intensiver Forschung bislang nicht als Testsysteme in der human-toxikologischen Prüfung von Pestiziden und anderen Chemikalien validiert“ sind und „Ergebnisse aus entsprechenden Studien deshalb nur ergänzend oder mit Einschränkungen für die gesundheitliche Risikobewertung für den Menschen zu verwenden“ sind (Antwort zu den Fragen 5 und 6 auf Bundestagsdrucksache 17/7168), und inwieweit hält die Bundesregierung diese eingeschränkte Aussagekraft von In-vitro-Systemen auch für die gesundheitliche Risikobewertung von Nutztieren für gegeben?
11. Inwieweit lassen sich vor diesem Hintergrund aus Sicht der Bundesregierung die Ergebnisse einer ausschließlich auf einem isolierten Pansen-Modell basierenden Untersuchung auf die realen physiologischen Prozesse im gesamten Verdauungstrakt von Rindern übertragen?
12. Welche weiteren Modellvorhaben werden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung sowie in deren Auftrag im Sinne des 3-R-Prinzips (Reduce, Refine, Replace) weiterentwickelt und erprobt?
13. Hält es die Bundesregierung für notwendig, Auswirkungen von Pestiziden auf Rinder auch durch Fütterungsstudien unter klinischer Überwachung durchzuführen?

14. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den Einfluss von Adjuvantien und insbesondere Netzmitteln der verwendeten Glyphosat-Gebrauchslösungen auf die Physiologie des Magen-Darm-Kanals beim Rind vor?
15. Liegt es vor dem Hintergrund, dass bei der Ausscheidung von Glyphosat über den Urin bisher keine Metaboliten festgestellt werden konnten, nahe, dass sich Metaboliten im Körper anreichern könnten, oder wird Glyphosat pharmakologisch – so wie es resorbiert wird – auch wieder ausgeschieden?
16. Welche Untersuchungen zur toxikologischen Bewertung des Glyphosat-Metaboliten AMPA für die Zieltierart Rind sind der Bundesregierung bekannt?
17. Welche Hinweise auf Störungen der mikrobiologischen Pansen-Physiologie bei Nutztieren und insbesondere beim Rind durch Glyphosat, AMPA oder weitere Bestandteile von Glyphosat-Herbiziden liegen der Bundesregierung vor?
18. Inwieweit bemüht sich die Bundesregierung, durch eigene oder aus Bundesmitteln geförderte Untersuchungen Daten zu möglichen Einflüssen von Glyphosat, AMPA oder weiteren Bestandteilen von Glyphosat-Herbiziden auf die Tiergesundheit von Nutztieren und insbesondere Rindern zu gewinnen?
19. Hält die Bundesregierung neben einer Bewertung der akuten Toxizität von Glyphosat bzw. Glyphosat-Herbiziden für Nutztiere auch eine Untersuchung möglicher mutagener und teratogener Effekte für sinnvoll oder notwendig?
20. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Einflüsse auf die Qualität von Futtermitteln durch den Einsatz glyphosathaltiger Herbizide im Voraufbau oder im Rahmen einer Sikkationsanwendung vor (z. B. Auswirkungen auf den Gehalt von Spurenelementen wie Mangan, den Reineiweiß-Anteil oder auf Veränderungen in der Aminosäurezusammensetzung)?
21. Gibt es aus Sicht der Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der intensiven Verwendung von Glyphosat-Herbiziden und dem Anstieg des Nitratgehalts in Futtergetreide (z. B. Bericht zur Futtermittelqualität der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, 2012), und wenn ja, welchen?
22. Inwieweit berücksichtigen die bisherigen Untersuchungen zu Glyphosat indirekte gesundheitliche Beeinträchtigungen für Nutztiere und insbesondere Rinder, z. B. durch Defizite in der Spurenelementversorgung aufgrund von Glyphosat-bedingter Chelation von Mangan u. a.?

Berlin, den 10. April 2014

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

